



### **Protest gegen ungenügenden Teuerungsausgleich**

3

Der Kanton Bern knausert erneut bei der Teuerung. Das Personal will nicht in den sauren Apfel beißen: Der VPOD verteilte stattdessen den Mitgliedern des Grossen Rates saure Äpfel.

### **Eidgenössische Wahlen**

4, 5

Der VPOD empfiehlt engagierte GewerkschafterInnen zur Wahl und fragte Flavia Wasserfallen sowie Bernhard Pulver, wofür sie sich im Ständerat besonders einsetzen würden.

### **Quo vadis Insel?**

6

Die Insel Gruppe ist im Umbruch: Schliessungen, Umbau und jetzt soll noch ein neuer GAV ausgehandelt werden.

### **Neues VPOD-Präsidium**

8

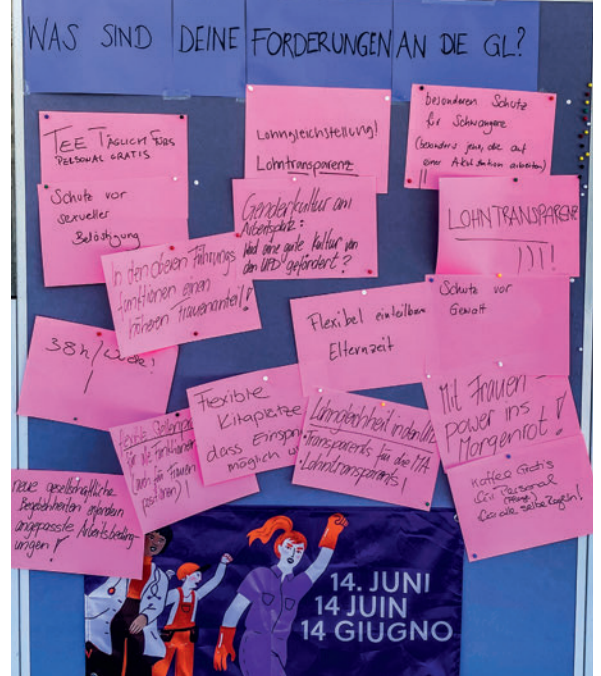
Nathalie Imboden, Nationalrätin und Vorstandsmitglied des VPOD Region Bern kandidiert für das Präsidium des VPOD Schweiz.



Rückblick auf den erfolgreichen Feministischen Streik 2023

# 300 000 folgten dem Ruf der Gewerkschaften

Trotz bürgerlicher Kritik: Der Feministische Streik 2023 war ein grosser Erfolg. Hier einige Eindrücke aus verschiedenen Ecken und Branchen des Kantons Bern.



Alle Jahre wieder: Im Vorlauf zum Feministischen Streik 2023 wurde von bürgerlicher Seite das Narrativ verbreitet, es fühlen sich nicht alle vom Streik angesprochen. Die Forderungen nach mehr Gleichheit müssten sich mehr auf gutsituierte Frauen fokussieren, die Verteilungsfrage zwischen Frauen respektive weiblich gelesenen Menschen, und Reichen und Mächtigen sei nicht mehr zeitgemäss. Pflegepersonal, Lehrerinnen, Kitaangestellte und weitere, würden nicht genügend mobilisieren können. Genützt hat dieses Mantra nichts: Schweizweit waren mehr als 300000 Frauen, FINTAS und solidarische Personen an Streikaktionen, -pausen, an Getränkeständen vor und hinter der Bar, an Kundgebungen auf den Strassen, an Tanzfesten bis tief in die Nacht. Wir waren laut, wir waren viele, denn auch hier brauchen wir mehr Lohn, mehr Zeit und mehr Respekt! Der VPOD bleibt dran und verlangt die Umsetzung der Forderungen des Feministischen Streiks: Politisch und in den Betrieben.

## Monatslohn statt Stundenlohn

Cja. Eine Reinigungsangestellte hat sich an den VPOD gewandt: Trotz hohem Beschäftigungsgrad ist sie beim Kanton nur im Stundenlohn angestellt. Die Folge: Die Lohnzahlung ist unregelmässig und erfolgt verspätet, wenn die Stundenabrechnung gemacht ist – wenn sie Ferien bezieht, kommt gar kein Lohn. Auch der Arbeitgeber hat einen grossen Aufwand mit komplizierten monatlichen Abrechnungen. Der VPOD hat im Rahmen der Sozialpartnergespräche die Umstellung auf Monatslöhne verlangt. Nach rechtlichen Abklärungen war klar: Der Kanton muss solche Angestellte im Monatslohn anstellen. Die Umstellung scheint nicht ganz einfach zu sein und dürfte deshalb voraussichtlich erst auf Januar 2025 erfolgen. Der VPOD hat sich deswegen mit dem Personaldienst der Kantonspolizei getroffen, wo allein bei über 100 vor allem in der Reinigung Angestellten auf Verträge im Monatslohn umgestellt wird.

Meret Schindler

# Kanton Bern knausert erneut

Erneut will der Regierungsrat nicht die volle Teuerung ausgleichen. Er sieht nur 2% Teuerungsausgleich vor. Dabei müsste jetzt noch der Rückstand auf die Teuerung aus dem Vorjahr aufgeholt werden. Der VPOD hat sofort reagiert: Saure Äpfel gab es für die GrossrätInnen, denn das Personal will nicht in den sauren Apfel beiessen.



Der VPOD verteilt saure Äpfel und fordert GrossrätInnen auf, die Lohnmassnahmen zu verbessern

Im Frühling präsentierte der Kanton eine Rechnung mit 358 Mio. Franken Überschuss. Dazu hat das Personal mit seinem Einsatz beigetragen, wurde aber mit einem mickrigen Teuerungsausgleich abgespeist. Für die Kantonsangestellten, die Lehrpersonen und das Personal in den subventionierten Betrieben gab es anfangs Jahr 0,5% Teuerungsausgleich bei einer Teuerung von fast 3%. Mit dieser Reallohnsenkung war Bern im Kantonsvergleich das Schlusslicht. Über 16 000 Betroffene haben im Frühling mittels einer Petition der Personalverbände für 2024 einen Teuerungsausgleich von mindestens 3% verlangt.

## Beschlossene Lohnmassnahmen

Dank Druck u.a. mit über 16 000 Petitionsunterschriften ist einiges mehr geplant als im Vorjahr: Neben den vom Regierungsrat beschlossenen 2% Teuerungsausgleich sollen Kantonsangestellte durchschnittlich 1,3% individuellen Lohnanstieg erhalten. Zudem sollen in den unteren und mittleren Gehaltsklassen die Ferien erhöht werden. Für Lehrpersonen sind 1,5% für Lohnanstiege geplant. Bei beiden Gruppen fällt zudem der Abzug für die Krankentaggeldversicherung weg.

Gerade bei den subventionierten Betrieben wie Altersheimen, Spitex und sozialen Institutionen sind nicht nur die 2% für die Teuerung, sondern auch die für individuelle Lohnmassnahmen zur Verfügung gestellten 0,7 Lohnprozente ungenügend. Diese Betriebe haben kaum Rotationsgewinne, mit denen sie die kantonalen Lohnmassnahmen aufbessern können. Auch von der Verbesserung bei den Ferien und bei der Krankentaggeldversicherung profitieren sie nicht.

## Rückstand auf Teuerung wächst

Angesichts der für 2023 erwarteten Teuerung von 2,3% gerät der Kanton mit einem Ausgleich von 2% noch mehr in Rückstand. Und auch im Folgejahr ist nicht geplant, den Rückstand bei der Teuerung aufzuholen. Im Gegenteil: Im Finanzplan sind für die Teuerung per 1.2025 nur 0,5% vorgesehen. Das reicht nicht, denn für 2024 wird eine Teuerung von 1,5% erwartet.

Während für Firmen die Steuern gesenkt werden sollen, wird dem Personal der volle Teuerungsausgleich verweigert. Das ist inakzeptabel. Der VPOD wird sich im Grossen Rat für Verbesserungen einsetzen.

Christof Jakob

## Unterstützung von Klassenlehrpersonen

Sej. Die Personalverbände haben zusammen mit der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) und dem Verband Bernischer Gemeinden Vorschläge für Massnahmen gegen den Lehrpersonenmangel erarbeitet. Die Konsultation zu den erarbeiteten Änderungen der Verordnung über die Anstellung der Lehrkräfte (LAV) läuft nun bis Ende September. Die verschiedenen Massnahmen sollen – sofern die Politik diese gut heisst – in drei Phasen eingeführt werden. In der ersten Phase geht es unter anderem um die Stärkung der Funktion als Klassenlehrperson. Anstelle der zweiten Klassenlehrlektion ist eine Entlastung von 5% sowie eine Funktionszulage vorgesehen. Damit wird die Verantwortung der Klassenlehrperson endlich nicht mehr als blosses «Ämtli» angesehen, sondern als Funktion deklariert. Diese Massnahme soll für alle Bildungsstufen gleich gelten. Der VPOD begrüsst dies. Er wird sich bei der Konsultation aber auch dafür einsetzen, dass Massnahmen zur Entlastung aller Lehrpersonen einbezogen werden.





# Wählt VPODlerInnen in de

Der VPOD empfiehlt die aufgelisteten 28 Mitglieder zur Wahl in den Nationalrat. Vier im Vorstand oder Sekretariat des VPOD Bern Region aktive Kolleginnen stellen sich zudem mit kurzen Statements vor.

## Liste 3: SP Männer

**Hanspeter von Bergen**, Sozialarbeiter  
**David Stampfli**, Historiker, Geschäftsführer SP Kanton Bern  
**Reto Müller**, Stadtpräsident  
**Stefan Jordi**, Politologe, Stv. Sektionsleiter BFE  
**Chandru Somasundaran**, Geschäftsführer WWF Bern

## Liste 4: SP Frauen

**Meret Schindler**, Gewerkschaftssekretärin VPOD, Pflegefachfrau  
**Lirija Sejd**, Gewerkschaftssekretärin VPOD, Geschäftsführung FRI  
**Maurane Riesen**, Epidemiologin beim BAFU, Grossrätin  
**Mirjam Veglio**, Betriebsökonomin  
**Ursula Zybach**, Präsidentin Spitex Verband Kanton Bern, Grossrätin  
**Andrea Zryd**, Sportlehrerin, Grossrätin  
**Flavia Wasserfallen**, Politologin, Nationalrätin  
**Nadine Masshardt**, Historikerin, Nationalrätin  
**Tamara Funciello**, Politikerin und Aktivistin  
**Anna Tanner**, Fachberaterin Opferhilfe  
**Edith Siegenthaler**, Leiterin Sozialpolitik / Präsidentin Mieterverband  
**Karin Berger-Sturm**, Biologin, Projektleitung Bildung  
**Lena Allenspach**, Mediensprecherin und Politologin

## Liste 5: Jungsozialist\*innen

**Michaela Bajraktar**, FaBe Behindertenbereich / Studentin Soziale Arbeit

## Liste 6: GRÜNE

**Natalie Imboden**, Nationalrätin, Historikerin  
**Rahel Ruch**, Grossrätin, Kampagnenexpertin  
**Ursina Anderegg**, Stadträtin, wiss. Mitarbeiterin Uni  
**Hasim Sancar**, Grossrat, Leiter Beratungsstelle Pro Infirmis Bern-Stadt  
**Barbara Schwickert**, Geschäftsleiterin Trägerverein Energiestadt

## Liste 7: Junge Grüne

**Jonas Aegerter**, Raumplaner, Doktorand Geographie  
**Linda Wachtarczyk**, Gemeinderätin, Projektmitarbeiterin SSES

## Liste 8: JA!

**Seraina Patzen**, Grossrätin, Co-Geschäftsleiterin Koalition für Konzernverantwortung

## Liste 29: EVP Erfahrung

**Margret von Bergen**, Fachfrau Langzeitpflege



**Meret Schindler**

Liste 4: SP Frauen+Queer  
Gewerkschaftssekretärin VPOD, Grossrätin

Die Umsetzung der Pflegeinitiative muss sofort angegangen werden und echte Verbesserungen für das Personal bringen. Weil wir alle eine gute Gesundheitsversorgung brauchen und verdienen.



**Lirija Sejd**

Liste 4: SP Frauen+Queer  
Gewerkschaftssekretärin VPOD

Damit wir nicht mehr länger auf sozialen Fortschritt warten. Für bessere Arbeitsbedingungen, einen guten Service Public und echte Gleichstellung.



**Natalie Imboden**

Liste 6: GRÜNE  
Mitglied VPOD-Vorstand, Nationalrätin

Berufe in der Pflege, Kinderbetreuung und Bildung verdienen mehr Wertschätzung und höhere Löhne. Der Bund muss mit der Umsetzung der Pflegeinitiative vorwärts machen. Erhalt der Kaufkraft in allen Branchen.



**Seraina Patzen**

Liste 9: Junge Alternative JA!  
Mitglied VPOD-Vorstand, Grossrätin

Ich kämpfe für Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen, gute Löhne, gerechte Steuern und eine menschenwürdige Asylpolitik. Schaffen wir gemeinsam eine feministische, solidarische und grüne Gesellschaft!

# n National- und Ständerat



**Flavia Wasserfallen**  
Ständeratskandidatin SP

## Nur gemeinsam kommen wir vorwärts!

Faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen – insbesondere in der Pflege. Gute Renten und bezahlbare Krankenkassenprämien. Familienfreundliche Strukturen und eine rasche Energiewende. Die Politik muss soziale und nachhaltige Antworten auf diese drängenden Fragen liefern und unser Zusammenleben verbessern. Dafür setze ich mich seit 15 Jahren mit Überzeugungskraft ein – zuerst im Grossen Rat und seit 2018 im Nationalrat.

In dieser Legislatur konnten wir mit der Pflegeinitiative und der Tabakinitiative erstmals Anliegen für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege sowie für mehr Gesundheitsprävention und Jugendschutz gewinnen. Für beide Anliegen setzte ich mich schon im Vorfeld bei den parlamentarischen Beratungen wie auch im

Abstimmungskampf an vorderster Front ein und begleite jetzt deren Umsetzung intensiv. Diese Arbeit möchte ich weiterführen und mich für die Bevölkerung des Kantons Bern stark machen. Deshalb kandidiere ich für den Ständerat.

Ich bin in Hinterkappelen am schönen Wohlensee aufgewachsen, heute mit meiner Familie in Bern zu Hause und eng verbunden mit dem französischsprachigen Teil des Kantons. Ich bin überzeugt: Die Vielfalt unseres Kantons ist eine Chance. Nur gemeinsam kommen wir vorwärts. Wir brauchen wieder mehr Miteinander zwischen Land, Agglomeration und Stadt. Am 22. Oktober können Sie bei den Ständeratswahlen für dieses Miteinander stimmen. Für Ihre Stimme und Ihre Unterstützung danke ich herzlich.



**Bernhard Pulver**  
Ständeratskandidat Grüne

## Zeit für einen Wandel, auch im Ständerat

Der Ständerat muss sozialer und ökologischer werden. Dafür setze ich mich mit meiner Politik ein.

Als Regierungsrat habe ich den zuverlässigen Lohnaufstieg für Lehrer:innen und das Staatspersonal, der 2006 abgeschafft worden ist, wieder eingeführt und eine personalfreundliche Sanierung der Pensionskassen realisiert. Ich weiss also, wie konkrete Verbesserungen für die Arbeitnehmenden realisiert werden können.

Als Präsident eines öffentlichen Spitals erlebe ich tagtäglich die konkreten Folgen des Tarifdrucks, welcher die Gesundheitspolitik ausübt: Es fehlt an Geld für die Lohnentwicklung der Mitarbeitenden und die Umsetzung der Pflegeinitiative, für die Kindermedizin oder für die Forschung. Als Ständerat möchte ich mich dafür einsetzen, das Gesundheitswesen

wieder fair zu finanzieren und das wahre Problem anzupacken: Die unsozialen Kopfprämien der Krankenversicherung.

Als Schwuler ist Gleichstellung Teil meiner politischen DNA. Zum Beispiel habe ich als Regierungsrat mit einer Gesetzesrevision flächendeckende Tagesschulen im Kanton Bern eingeführt. Heute engagiere ich mich für ein Recht auf Einbürgerung.

Jetzt möchte ich mich auf Bundesebene für Klimaschutz, sozialen Ausgleich, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gegen Diskriminierung und für die Stärkung der Rechte von Schwächeren einsetzen.

Mit Flavia und mir wird der Ständerat vielfältiger sowie sozial und ökologisch engagierter. Danke für eure Unterstützung!

# Insel: Quo vadis?

**Spitalschliessungen und zeitgleiche GAV-Verhandlungen: Die Insel Gruppe hat sich viel vorgenommen. Umzug in ein neues Hauptgebäude, Schliessung zweier Standorte und gleichzeitig Verhandlungen. Geht das überhaupt? Das Personal fordert Verbesserungen bei Lohn, Reduktion der Wochenarbeitszeit und bessere Planbarkeit der Arbeitseinsätze. Wie will das die Insel nun umsetzen?**



Die Insel-Gruppe will aus dem GAV Berner Spitäler und Kliniken aussteigen und einen eigenen GAV abschliessen.

Bereits Ende 2021, kurz nach dem deutlichen Ja, zur Pflegeinitiative, hatte die Insel den Sozialpartnerinnen der Verbände SBK, VPOD und VSAO angekündigt, einen Firmen-Gesamtarbeitsvertrag (Firmen-GAV) verhandeln zu wollen. Dabei stand im Fokus, unabhängiger von den übrigen Spitalern sowie agiler zu werden. Damit dort, wo Bedarf herrscht, die Arbeitsbedingungen angepasst werden können.

## Schliessungen

Ein gutes Jahr später kamen die Schliessungen von Münsingen und Tiefenau auf den Tisch. Der Unmut bei den Betroffenen ist dabei verständlicherweise sehr gross. Zudem ist die Solidarität unter allen Inselangestellten mit den Betroffenen enorm. Ein Grund für die Schliessungen war der Personalmangel. Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen sind also dringend notwendig.

## Umbau

Für den Bezug des neuen Bettenhochhauses werden ebenfalls enorme Ressourcen eingesetzt.

So hat das Personal eine Feriensperre oder zumindest -reduktion im September mitzutragen, nachdem die Angestellten jahrelangen Baulärm ertragen mussten. Und der Umzug ist nur der erste Wechsel vor dem Umzug des Tiefenaus auf das Insel-Gelände und weiteren geplanten Rochaden auf dem Areal, sowie einem massiven IT-Umbau im kommenden Jahr.

## Forderungen

Bereits im September 2022 haben der VPOD und weitere Verbände die «Big-Five» zur Umsetzung der Pflegeinitiative festgelegt: Höherer Lohn bei einer Reduktion der Wochenarbeitszeit, Verbesserungen bei den Zeit- und Geldzulagen, Erfassung der Umkleidezeit, mehr Ferien für alle und Verbesserungen bei der Kinderbetreuung. Weitere Anliegen wurden direkt bei den Inselangestellten abgeholt: Im Gespräch und mittels Umfragen. Zusätzliche Forderungen

gab es insbesondere auch für Ärztinnen und Ärzte. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in übrigen Spitalern in der Nähe zeigen ebenfalls: Der Druck auf die Arbeitgeber steigt.

## Besser nicht schlechter!

Die Insel hält an ihren Plänen fest und hat den Antrag auf Verhandlungen eingegeben. Bei den Personalverbänden hat das Festhalten an den Verhandlungen Hoffnung geschürt. Die Insel muss die Arbeitsbedingungen für alle nach oben korrigieren. Etwas Anderes kommt für die Angestellten und die Personalverbände nicht in Frage. Die Insel tut gut daran, selber kreative Verbesserungen anzubieten. Verschlechterungen können sich die Spitäler in der heutigen Lage schlicht nicht mehr leisten!

Meret Schindler



VPOD-Delegation beim Insel-CEO Uwe Jocham



# Nein zum radikalen Publica-Abbau

15 bis 20% geringere Rentenleistungen wären die Folge, wenn nach dem Nationalrat auch der Ständerat die beiden Motionen der SVP annimmt. Die Personalverbände wehren sich.

Die Motion 22.3959 verlangt, dass der Arbeitgeber nicht mehr als 55% der beruflichen Vorsorge bezahlt. Die Motion 22.3960 will festlegen, dass der Bund den Angestellten höchstens 5% mehr bezahlt als das gesetzliche Minimum. Kombiniert hätten die beiden Forderungen einen massiven Abbau bei der Pensionskasse zur Folge. Damit wäre der Bund auf dem Arbeitsmarkt mit vergleichbaren Unternehmungen nicht mehr konkurrenzfähig. Die Arbeitgeberin Bund würde pro Jahr 24% bzw. ca. CHF 162 Mio. weniger Beiträge zahlen – das entspricht ca. 3 Lohnprozenten. Die Arbeitnehmenden müssten hingegen im Schnitt leicht höhere Beiträge leisten. Durch die Reduktion der Sparbeiträge der Arbeitgeberin würden die Renten um bis zu 15% im Standardplan und um bis zu 20% im Kaderplan sinken.

## Motionen im Ständerat verhindern

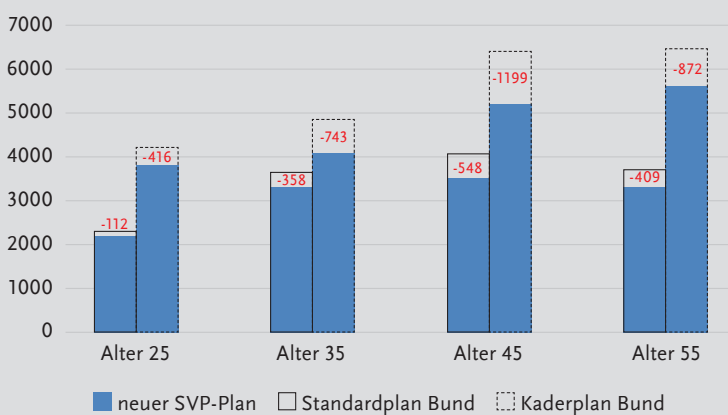
Die beiden vom Nationalrat überwiesenen Motionen der SVP gehen nun in die ständerätliche staatspolitische Kommission (SPK-S) und anschliessend in die kleine Kammer. Aktuell organisiert der VPOD zusammen mit PartnerInnen das politische Lobbying, um die Mitglieder der SPK-S und des Ständerates über die massiven Konsequenzen der beiden Motionen aufzuklären. Die StänderätInnen müssen sich

bewusst sein, dass die beiden Motionen gerade bei tieferen und mittleren Einkommen zu prekären Verhältnissen in der beruflichen Vorsorge führen. Und: Der Bund würde auch seinen Vorbildcharakter gegenüber der Wirtschaft und seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verlieren.

Christof Jakob

## Auswirkungen auf die künftige Rentenhöhe

Projizierte Monatsrente im Alter 65  
(Simulationsannahme: 0%, 2% Projektionszinssatz)



Informationen zu VPOD-Mitglied werden und Veranstaltungen:



Impressum  
Verband des Personals  
öffentlicher Dienste  
VPOD Region Bern / SSP Berne  
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern  
031 371 67 45, info@vpodbern.ch  
bern.vpod.ch  
Redaktion: Christof Jakob  
Druck: Bubenber Druck- und Verlags-AG

## Lohn beim Bund

Cja. Nachdem letztes Jahr mit 2,5% Teuerungsausgleich zwischen Bundesrat Maurer und den Personalverbänden ein Kompromiss gefunden werden konnte, sieht es aktuell schwierig aus: Bundesrätin Keller-Sutter hat die Forderungen der Verbände ignoriert und nur 1% für die Teuerung eingestellt – aktuell wird eine durchschnittliche Teuerung von 2,3% erwartet und es gibt zudem Rückstände aus den Vorjahren. Die im Schweizerischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften fordern 5% mehr Lohn. Aber Reallohnforderungen sind für Keller-Sutter erst recht kein Thema. Die Bundesrätin hat neu Einmalzahlungen angekündigt: Dies wurden nie mit den Personalverbänden besprochen. Solche Zahlungen sind zudem «Pflasterlipolitik» und ersetzen nicht den nachhaltigen Ausgleich der Teuerung. Der VPOD hat für den Teuerungsausgleich einen Festbetrag vorgeschlagen, damit die wenig Verdienenden mehr erhalten. Davon will die Bundesrätin bisher nichts wissen. Die 3. Runde der Lohnverhandlungen ist für den 20. November geplant. Die Personalverbände besprechen gemeinsame Aktionen und machen Druck für Verbesserungen.

# Veranstaltungen

## 5. Oktober: VPOD gestern, heute und morgen

Ist der VPOD fit für die neue Arbeitswelt? Was ist die Strategie für eine gemeinsame Zukunft?

Zentralsekretärin Natascha Wey spricht und diskutiert.

Diese Veranstaltung der VPOD Gruppe Pensionierte ist für alle VPOD-Mitglieder offen. Kommt und hört zu und diskutiert mit.

Donnerstag, 5. Oktober, 14.00 Uhr Restaurant Tscharnergut, Waldmannstrasse 21, 3027 Bern

## 17. Oktober: Insel-Netz-Gruppe

Themen an der Retraite: Lohnverhandlungen, Sozialpartnerggespräch November, Rück- und Ausblick, Jahresplanung 2024.

Dienstag, 17. Oktober, 8.45–11.15 Uhr beim VPOD, Monbijoustr. 61

## 17. Oktober: Gruppe PZM

Dienstag, 17. Oktober, 12.15–13.00 Uhr, PZM Münsingen, Haus 3

## 17. Oktober: Gruppe UPD

Dienstag, 17. Oktober, 16.30–18.00 Uhr, UPD, Bolligenstr. 111

## 18. Oktober: Gruppe Reinigung Bund

Mittwoch, 18. Oktober, 13.30 Uhr, VPOD Bern, Monbijoustr. 61, 2. Stock

## 24. Oktober: Treffen Kita-Gruppe

Dienstag, 24. Oktober, 19.00–21.00 Uhr, Monbijoustr. 61, 2. Stock, Sitzungszimmer movendo

## 25. Oktober: Gruppe Bildung / Betreuung

Mittwoch, 25. Oktober, 18.30 Uhr, SiZi VPOD Bern, Monbijoustr. 61, 2. Stock

## 2. November: Fürsorgerische Zwangsmassnahmen

Verdingkinder, Kinder der Landstrasse – die Geschichte und ihre Folgen. Mit Betroffenen, Fachleuten...

Diese Veranstaltung der VPOD Gruppe Pensionierte ist für alle Mitglieder des VPOD und weitere GewerkschafterInnen offen.

Donnerstag, 2. November 14.00 Uhr Restaurant Tscharnergut, Waldmannstrasse 21, 3027 Bern

Mehr Infos sowie weitere Termine Treffen der VPOD-Gruppen auf [www.bern.vpod.ch/kalender](http://www.bern.vpod.ch/kalender)

# Aktuell



## ■ Nathalie Imboden kandidiert für das VPOD-Präsidium

«Mit meiner Kandidatur möchte ich den VPOD als kämpferische und durchsetzungsstarke Gewerkschaft verstärken. Zentral ist die Verankerung in den Betrieben, wo mit den Kolleginnen und Kollegen die wichtigste Gewerkschaftsarbeit am Arbeitsplatz stattfindet. Neben der starken Präsenz in den Regionen braucht es auch die Zusammenarbeit national. Ich bin seit 27 Jahren gewerkschaftlich verankert und bringe langjährige Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit, aber auch aus der Politik und verschiedenen Verbänden mit. Meine Kandidatur verbindet die Deutschschweiz und die Romandie.»

*Nathalie Imboden, Nationalrätin, Bern*

Ebenfalls für das VPOD-Präsidium kandidiert der Genfer Nationalrat Christian Dandrès. Mehr zu den Kandidierenden erfährt ihr im nächsten VPOD-Magazin und im folgenden Standpunkt. Die Wahl findet am VPOD-Kongress am 17./18. November statt.